

**Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoglu zum Plenum vom  
23. September 2020**

„Angesichts der Neubewertung des Oktoberfestattentats als rechtsextreme Terrorat durch die Bundesanwaltschaft und die in Aussichtstellung ergänzender Leistungen durch die Bundesregierung, frage ich die Staatsregierung, ob sie über eine zusätzliche Leistung für die Opfer des Attentats gegenwärtig Verhandlungen mit der Bundesregierung führt, mit welchen eigenen Mitteln sich die bayerische Staatsregierung an einer solchen Leistung beteiligen würde und wer im Freistaat als offizieller Ansprechpartner für die überlebenden Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags zur Verfügung steht?“

**Antwort durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales:**

Anlässlich des 40. Jahrestags des Oktoberfestattentats am 26. September 2020 wollen der Bund, der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München einen gemeinsamen Fonds einrichten. Der Ministerrat hat 22. September 2020 beschlossen, dass sich Bayern hierfür mit 500.000 Euro an dem Fonds beteiligen wird. Vor dem Hintergrund des fortdauernden Leids der Betroffenen sowie der Tatsache, dass der Generalbundesanwalt bei der Einstellung des im Jahr 2014 wieder aufgenommenen Ermittlungsverfahren am 6. Juli 2020 nun ausdrücklich die rechtsextremistische Motivation des Täters festgestellt hat, sollen die Betroffenen dadurch eine weitere Anerkennung in Form einer Solidarleistung durch den Staat erfahren.

In Kürze werden der Bund, der Freistaat Bayern und die Stadt München weitere Informationen bekannt geben.